

„Gesundes Aufwachsen ermöglichen – Kinder besser schützen – Risikofamilien helfen“

Rede von Katharina Landgraf zur Plenardebatte am 22. März 2007 zum Antrag der CDU/CSU und SPD, Drucksache 16/4604

Es ist vollbracht! Diese berühmten Worte sind im Blick auf den vorliegenden Antrag vielleicht etwas zu hochgestochen. Ich sage lieber: Es ist geschafft. Nach einem langen Denk- und Meinungsbildungsprozess haben wir endlich eine gute Vorlage.

Ziel war und ist, mehr für das Wohl der Kinder zu tun, sie vor allem vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen! Ich wiederhole mich gerne, wenn ich - wie bei meiner letzten Rede zu dem Thema am 26. Oktober 2006 - heute sage:

Der beste Schutz sind mündige, bewusste und starke Eltern! Dieser Antrag gibt der Bundesregierung den erforderlichen Handlungsrahmen und Handlungsspielraum zugleich im Interesse der Kinder und deren Familien. Und er ist eine Anleitung für die Zusammenarbeit mit den Bundesländern mehr zu tun für das gesunde Aufwachsen der Kinder und bei der Unterstützung von Risikofamilien.

Familie kann sowohl größte Nähe bedeuten, Geborgenheit, aber leider auch größte Not. Familie kann im schlimmsten Falle auch Gewalt bedeuten oder Vernachlässigung. In bildungsfernen Schichten beispielsweise, wo die Zeit nicht mit Reden und Spielen, sondern mit Fernsehen verbracht wird. Wo keine Mutter als Hilfslehrerin zur Verfügung steht, kein Nachhilfelehrer, kein Buch, kein Musikinstrument dem Kind in die Hand gegeben wird.

Wo eine Kindheit verschwendet wird, wenn niemand hilft! Wenn also die Eltern ihren Aufgaben nicht gewachsen sind, brauchen sie Zielvorgaben und Hilfe vom Staat.

Impressum

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)
Redaktion: Thomas Krafczyk
Kontakt: katharina.landgraf@bundestag.de
Redaktionsschluss: 11.04.07

Das sagt im Übrigen auch unsere Verfassung in Art. 6 GG, der vom staatlichen „Wächteramt“ handelt. Ich selbst bin recht zufrieden mit dem erreichten Kompromiss zwischen den Koalitionsfraktionen.

Der Antrag ist insgesamt ein guter Wurf. Mir persönlich fehlen aber einfache und sehr direkt formulierte Regelungen, die säumige Eltern wieder auf Kurs bringen sollen. Mögliche Lösungen dafür werden durch unseren Antrag allerdings nicht verhindert. In der künftigen Praxis wird sich zeigen, ob nicht doch auch Sanktionen helfen. Das wird von vielen Fachleuten erwartet. So zum Beispiel die Kopplung von Vorsorgeuntersuchungen an die vollständige Kindergeldzahlung. Das ist auch künftig noch regelbar. Da müssen nur die entsprechenden Verordnungen modifiziert werden. Der Gesetzgeber ist derzeit noch nicht dazu bereit. Aber das ist heute kein Thema.

Vieles von dem, was ich damals gefordert habe, findet sich in unserem Antrag heute wieder. Ich möchte nur einige Punkte herausgreifen:

- Erstens wird zur Steigerung der Teilnehmerate an Früherkennungsuntersuchungen ein Bonussystem ins Auge gefasst.
- Zweitens soll geprüft werden, wie die Teilnahme an Kinderuntersuchungen durchgesetzt werden kann, so z.B. bei Nichtteilnahme durch Einschalten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.
- Drittens verweise ich auf eine bessere Förderung von Hilfsangeboten von Familienhebammen:
Es muss in Deutschland zur Normalität werden, dass in allen Elternhäusern Familienhebammen akzeptiert und anerkannt sind – auch als Vertrauenspersonen, die in guten wie schlechten Tagen Eltern wie Kindern zur Seite stehen.
Das begrüßt im Übrigen auch unsere Ministerin.

Impressum

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)
Redaktion: Thomas Krafczyk
Kontakt: katharina.landgraf@bundestag.de
Redaktionsschluss: 11.04.07

- Viertens soll im Rahmen des Aktionsprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ eine systematische Vernetzung von Gesundheits- und Kinder- und Jugendhilfe erfolgen.

Der Antrag folgt sehr genau den aktuellen Entwicklungen in der Lebenswirklichkeit. Immerhin ist es Ziel der Koalition, die Bedeutung der Kinderrechte stärker in die Öffentlichkeit zu transportieren. Der Antrag der FDP enthält auch viel Richtiges und Gutes. Er umfasst unter anderem viele Forderungen, die nahezu deckungsgleich mit denen aus unserem Antrag sind, zum Beispiel: ist Punkt 2d zum Berufsbild der Familienhebammen wichtig Und besonders hervorzuheben ist: die Förderung der Einhaltung von Vorsorgeuntersuchungen und die Vernetzung von Ärzten, Jugendamt etc. Außerdem begrüße ich es, das auch Sie sich mit der Stärkung der Elternkompetenz befassen, so in den Punkten 2b und 2c! Das alles zeigt doch letztendlich, dass Sie auch hier Ihr neues soziales Gesicht präsentieren wollen! Bemerkenswert. Der Antrag ist allerdings weniger ausführlich und enthält z.B. keine praktikablen Vorschläge zur Durchsetzung von Vorsorgeuntersuchungen.

Das ist uns zu wenig. Es muss schon über die Konsequenzen der Nichtteilnahme an den Untersuchungen nachgedacht werden. Und auch an Ihre Adresse; verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP: Die frühe Förderung von Kindern (frühkindliche Bildung) und der Ausbau der Tagesbetreuung für unter 3jährige werden in unserem Antrag aus gutem Grund nicht behandelt. Diese Themen müssen extra und umfassend ausgearbeitet und nicht „nebenbei“ mit diskutiert werden. Dazu sind sie zu wichtig und enthalten im Übrigen auch genug „Stoff“ für einen eigenen Antrag. Wir werden unser Ziel, mehr zu tun für das Wohl unserer Kinder, nur erreichen, wenn Bund, Länder und Kommunen kooperativ handeln. Ich bin sicher, Zustimmung und Umsetzung aus Ländersicht fielen leichter, wenn alle Forderungen, die die Kompetenz der Länder tangieren, jeweils mit dem Zusatz „gemeinsam mit den Ländern“ verknüpft wären.

Impressum

Eine Verzahnung von Jugend- und Gesundheitshilfe gelingt nur zusammen mit den Ländern. Abgesehen von der Kompetenzverteilung im Grundgesetz ist für mich entscheidend, dass sich viele Probleme aufgrund ihrer in Deutschland regional sehr unterschiedlichen Ausprägung nur sehr schwer zentral steuern lassen.

Wir brauchen einfache Lösungen, die sich in unserem Antrag auch bereits andeuten: Wir brauchen Partner der Eltern, die mit hoher Fach- und Sachkenntnis sowie mit der erforderlichen Güte die Familien und Kinder durch den Alltag begleiten. Ich sage es auch gerne noch einmal: Das Beste für das gesunde seelische und körperliche Aufwachsen der Kinder sind kompetente und bewusste Eltern. Die Union steht nach wie vor für die Wahrung der Elternrechte und Elternfreiheiten sowie für die umfassende Erfüllung der Elternpflichten! Das heißt ganz konkret, dass wir in Deutschland mehr tun müssen für die Eltern- und Familienbildung. Wir brauchen eine neue Generation von spezialisierten Pädagogen, die diesem Anspruch gerecht werden können. Müssen wir dann nicht auch die berufliche und universitäre Bildung auf den Prüfstand stellen?

Das ist durchaus Sache der Bundesebene, hier die entsprechenden Richtlinien und Vorgaben zu entwickeln. Und das ist eine Frage der sozialen Nachhaltigkeit, die wir für den Fortbestand unserer Gesellschaft schnellstens beantworten müssen! Der vorliegende Antrag muss eine Fortsetzung in diesem Sinne erfahren!

Es gilt das gesprochene Wort!

Impressum

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)
Redaktion: Thomas Krafczyk
Kontakt: katharina.landgraf@bundestag.de
Redaktionsschluss: 11.04.07